

Änderungsantrag Nr.

TE094

Beantragt von

Skreutz

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Die europaweit härtesten Jugendschutzbestimmungen und polemisch geführte politische Debatte um Computerspiele schränken die künstlerische Freiheit ein und können ohne eine hinreichende Medienbildung von Eltern, Lehrern und Kindern gleichermaßen keine Wirkung entfalten. Forderungen nach Verkaufs- und Herstellungsverböten schwächen nicht nur eine innovative Branche, sondern werden auch der Realität nicht gerecht. Bisher konnte keine wissenschaftliche Studie den Zusammenhang zwischen Computerspielen und Gewalttaten belegen, vielmehr zeigen diverse Studien positive Lerneffekte – sogar bei Actiontiteln – auf. Forderungen nach Zensur entreißen lediglich den Eltern die Verantwortung über ihre Kinder. Die Piratenpartei sieht es daher als notwendig an, Eltern mit dem notwendigen Wissen über Gefahren sowie Lernaspekte moderner Medien zu befähigen, selber über den Medienkonsum ihrer Kinder zu urteilen. Nur so kann ein effektiver Jugendmedienschutz entstehen.

Darüber hinaus setzen die Piraten sich dafür ein, die Notwendigkeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) neu zu bewerten. Mit der USK verfügt Deutschland bereits über einen sehr gut funktionierende Selbstkontrolle. Während die BpJM vorgeblich dem Zweck dient, ebenfalls den Jugendschutz durch Mittel der Indizierung und Beschlagnahme sicherzustellen, sind in Realität üblicherweise Titel betroffen, die ohnehin über keine Jugendfreigabe verfügen. Bei Künstlern führt dies zu einer unfreiwilligen Selbstzensur und damit zu einer Einschränkung der künstlerischen Freiheit. So wurden in der Vergangenheit bereits zahlreiche Titel beschnitten, welche ohnehin nur an Erwachsene verkauft werden durften.

Die Piratenpartei fordert ein Umdenken, denn Jugendschutz darf nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit Erwachsener oder der künstlerischen Freiheit benutzt werden. Insbesondere dann nicht, wenn bereits funktionierende Jugendschutzmechanismen existieren.

Begründung

Dies ist das Modul 2 des Blocks Jugendmedienschutz und stellt detailliertere Forderungen und Positionierungsangaben für das Medium Computerspiele auf. Die Begründung leitet sich aus dem Antragstext ab.